



BürgerInnenbrief

20. Juni 2011

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Zomia +++ Euro-Krise +++ Esso Häuser +++ Wohnungs-Casting & mehr +++ Schwimmen lernen +++ Ferientipps

»Duldung schafft Legalität«

von Heike Sudmann



Zomia-Wagenidylle mit Photovoltaik-Anlage

Seit Ende vergangenen Jahres hat die Wagengruppe Zomia einen umwaldeten Platz in Wilhelmsburg als Standort ausgewählt. Auf diesem Platz wird sie nunmehr schon seit Monaten geduldet, obwohl der Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, Markus Schreiber (SPD), immer wieder betont, in seinem Bezirk solle es so etwas nicht geben. Doch diese Position geht offenbar selbst seinen ParteigenossInnen zu weit, so dass seit nunmehr einem halben Jahr um die Zukunft von Zomia – zurzeit eine Gruppe von 15 Personen in zehn Wagen – gerungen wird.

DIE LINKE hatte zwischenzeitlich einen Bürgerschaftsantrag zur Änderung des 1959 erlassenen, aber auf nationalsozialistischer Gesetzgebung fußenden Wohnwagengesetzes

eingebraucht. Ziel war in einer Neufassung des Gesetzes »Bauwagenplätze als eine von vielen möglichen Wohn- und Lebensformen« anzuerkennen, um damit die Grundlagen für Bauwagenplätze nachhaltig zu verbessern. Dieser Antrag wurde von einer Bürgerschaftsmehrheit abgelehnt.

Unabhängig von den rechtspolitischen Auseinandersetzungen gestalten die Zomia-Leute ihre selbstgewählte Wohn- und Lebensform – immer unter dem Damokles-Schwert der Räumung. In einem gut 30seitigen Konzept führen sie aus, worum es ihnen geht: »Unsere Gründe, im Wagen zu leben, sind vielfältig und so unterschiedlich wie wir selbst: Mobilität, der Wunsch nach Selbstbestimmung, das Leben in einer großen Gemeinschaft und das Streben nach Unabhängigkeit

sind einige der Motive. Zudem ermöglicht das Leben als Wagenplatz-Kollektiv einen ökologischen, handwerklichen und kulturellen Experimentierraum, der Kreativität und Fantasie fördert. Vor allem im Sommer, aber auch im Winter spielt sich der Großteil des Lebens draußen ab. Es ist eine Lebenswelt, in der Entfremdung durch die Konsum-Konkurrenz-Gesellschaft etwas entgegen gesetzt wird.«

Viele Vorbehalte und Kritikpunkte, die Menschen oft genug aus Unkenntnis über die »Verhältnisse« auf einem solchen Wagenplatz hegen, konnten bei einer Öffentlichen Anhörung des Stadtentwicklungsausschusses der Bürgerschaft am 16. Juni entkräftet werden. Man würde selbstverständlich zugelassenes Brennmaterial verwenden, es gebe ein Trockenstreu-WC, Abwässer würden in Kanistern aufgefangen und Müll über die Stadtreinigung entsorgt werden, die Stromversorgung erfolge gegenwärtig über eine kleine Photovoltaikanlage. Dem Argument, auf einer wenn auch faktisch brach liegenden, aber jedenfalls ausgewiesenen Industriefläche dürfe kein Wohnen erfolgen, trat überzeugend Rechtsanwalt Martin Klingner entgegen. So würde auch der Bauwagenplatz am Rondenburg auf einer Gewerbefläche angesiedelt sein, und dort rege sich niemand auf. Also sei es eine rein politische Entscheidung, wie mit dem Areal umgegangen würde (»Duldung schafft Legalität!«). Etliche AnwohnerInnen aus Wilhelmsburg, flankiert von verlesenen Unterstützungsschreibern, bekundeten, dass mittlerweile eine gute Nachbarschaft mit den Zomia-Leuten bestehe. Michael Rothschild vom Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg führte aus, dass alleine die Besetzung Zomia zwar nicht das Recht auf diesen Platz gebe, dass aber die Besetzung den Platz auch nicht ungeeignet mache für eine entsprechende Nutzung. Sein klares Plädoyer: Der jetzige Standort müsse auf seine Eignung konkret geprüft werden, im Übrigen würden Bauwagenplätze auch in den Bezirk Mitte gehören, schließlich seien neue Menschen, neue Ideen und neue Gruppen willkommen zu heißen.

Die ZomiatistInnen bemängelten, in alternative Standortüberlegungen bisher nicht einbezogen worden zu sein. Die

SPD-Idee, ZOMIA auf ein ehemaliges Kasernengelände in Jenfeld im Bezirk Wandsbek umzusiedeln, sei ihnen Stunden vor der öffentlichen Präsentation dieser Idee im Stadtentwicklungsausschuss mitgeteilt worden. Danach habe es seitens der Behörden keinerlei Kontaktaufnahmen mehr zu ZOMIA gegeben. Angesichts der Fragwürdigkeit dieses Standortes mit erforderlichen Kampfmittelräumungen und beginnenden Erschließungsarbeiten für den dort geplanten Wohnungsbau wundert es kaum, dass BehördenvertreterInnen sich nicht für diese Alternative stark machen.

Die Zomia-Leute fordern zu Recht, zunächst einmal den jetzigen Standort in Wilhelmsburg im gemeinsamen Diskurs zu prüfen. Was allerdings mit Herrn Schreiber nur schwer zu haben sein dürfte, der muss in dieser Richtung wohl erst noch motiviert werden (woran nicht zuletzt auch einige SozialdemokratInnen arbeiten, wie im Hintergrund zu hören ist). Die Öffentliche Anhörung war nach meiner Einschätzung jedenfalls ein voller Erfolg und hat hinsichtlich der Kompetenz und Ernsthaftigkeit der Zomia-Leute wie auch der Unterstützung aus der Umgebung wirklich beeindruckt.

Lediglich zwei Bürger äußerten auf der Anhörung Kritik, die für mich allerdings schwer nachvollziehbar war. Die rhetorische Frage des einen (»Was würden Sie davon halten, wenn in Ihrem Vorgarten wildfremde Menschen Zelte aufstellen und dort einziehen würden?«) ist unverständlich, weil der Zomia-Platz weit weg von irgendwelchen Vorgärten am Rande eines Industriegebietes liegt. Dass es diesem Kritiker nicht um Zomia selbst ging, wurde auch an seiner Aussage deutlich: »Warum sollte ich mit diesen Leuten reden?« Doch ein Konflikt bleibt gegenwärtig noch ungelöst. Die Wilhelmsburger Umweltschutzgruppe »Baum & Busch« - in alternativen hamburgischen Zusammenhängen mit Zomia durchaus vernetzt - bemängelt die »systematische ökologische Entwertung« der Fläche durch den Bauwagenplatz. »Schon entwertete Flächen neu zu kultivieren statt eine der letzten grünen Wiesen zu verbrauchen, ist sicher weniger hipp, aber viel naturverträglicher«, heißt es in einem Offenen Brief an Zomia.

Aus meiner Sicht sind diese Einwände ernst zu nehmen, sie begründen jedoch kein Veto, eine dauerhafte Lösung für die Bauwagenleute zunächst einmal an diesem Standort zu prüfen. Als mögliche Vorbehaltsfläche für die schon seit langem eigentlich tote Nordvariante einer Hafenspanne wird das Areal auch in den kommenden Jahren weder benötigt noch verändert. Insofern sollte genau dieser Platz umfassend und vor allem auch mit den Betroffenen - den Zomia-Leuten, den Menschen aus der Umgebung sowie den NutzerInnen des Areals - geprüft und erörtert werden. Daran wird sich DIE LINKE gerne beteiligen. Und eine Räumung kommt schon überhaupt nicht in Frage, auch das werden wir Herrn Schreiber bei passenden Gelegenheiten immer wieder deutlich machen. Mehr Infos auf der Homepage der Bauwagenleute: <http://zomia.blogspot.eu>.

Einwände ernst nehmen!



Wie weiter mit der Euro-Krise?

von Joachim Bischoff



Griechenland: Proteste gegen Sparpakete auf dem Rücken der »kleinen Leute«

Wilhelm Nölling, der frühere Präsident der Landeszentralbank Hamburg und ehemaliger Finanzsenator der Freien und Hansestadt, ist pessimistisch, dass die Hilfszahlungen an die notleidenden Euro-Länder jemals zurückgezahlt werden. »Der Glaube, dass die Geberländer jeweils ihre Geldausleihungen wiederbekommen, ist völlig unbegründet«, zitiert ihn das Hamburger Abendblatt vom 18.6.2011. »Die Nehmerländer werden dazu niemals in der Lage und niemals willens sein. Alles, was Politiker sagen und Geber- und Nehmerländer erklären, ist reines Ausrede-Geschwafel.« In der Euro-Zone würden derzeit derart hohe öffentliche Schuldengebirge aufgebaut, »die in früheren Zeiten für undenkbar, unzulässig und vor allem als nicht beherrschbar gehalten wurden und es höchstwahrscheinlich auch nicht sind«. Für Nölling ist der Euro »der größte Irrtum in der Währungsgeschichte, der das Potenzial in sich birgt, den Kontinent zu zerreißen«.

Der Volkswirtschaftsprofessor Nölling betreibt mit den Ökonomen Wilhelm Hankel, Joachim Starbatty sowie dem Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider und dem Ex-Manager Dieter Spethmann vor dem Bundesverfassungsgericht erneut eine Klage gegen die Milliardenkredite für die Griechenland-Hilfe. Nach ihrer Meinung verstößt ein entsprechendes Gesetz gegen EU-Recht und das deutsche Grundgesetz. Die Verhandlung dazu findet am 5. Juli in Karlsruhe statt.

Was ist das Problem? Vor einem Jahr gewährten der IWF, die Euroländer und die Europäische Union (EU) Griechenland

Hilfskredite, weil das Land und seine Banken keine neuen Gelder auf den Finanzmärkten zu vertretbaren Konditionen mehr erhielten. Während bereits erste Verhandlungen über ähnliche Hilfspakete für Irland und Portugal liefen, hat sich die Lage für Griechenland enorm verschlechtert. Zudem hat die Inanspruchnahme der Hilfskredite die Situation dieser Länder am Kapitalmarkt nicht verbessert. In Erwartung einer Umschuldung liegen die Preise für Absicherungen gegen einen hellenischen Kreditausfall inzwischen auf Rekordniveau.

Zunächst stellt sich die Frage, warum haben die europäischen Finanzexperten und die in Sachen Hilfskredite erfahrenen Manager des IWF die Lage so gründlich verkehrt eingeschätzt? Dass große Teile der kapitalistischen Weltwirtschaft und mit ihr eben auch die EU eine Systemkrise erleben, ist von den politischen Führungen immer wieder negiert worden. Stattdessen wurde die Krise ein ums andere Mal für beendet erklärt – um kurz darauf den nächsten Krisengipfel einzuberufen. Tatsächlich wird die Krise seit 2007 immer nur weitergereicht: von den Finanzmarktakteuren an die Staaten und von denen an die Bürger. Verbunden ist damit kein Krisenlösungs-, sondern ein Transfermechanismus. An die Banken gleich in doppelter Hinsicht: zum einen durch Übernahme von Schulden (neudeutsch: Bad Banks) aus Geschäften, mit denen zuvor erhebliche Gewinne gemacht wurden, zum anderen dadurch, dass die Staaten nun für teure Kredite bei den soeben geretteten Finanzmärkten anstehen.

Mit dem Finanzpaket sollte die Finanzierung des Staatshaushalts über drei Jahre von den Kapitalmärkten unabhängig gemacht werden. Zugleich verpflichtete sich die griechische Regierung zu einem ökonomisch-finanziellen Restrukturierungsprozess. Faktisch dominierte ein strikter Sparkurs, während die Frage des wirtschaftlichen Wachstums in einem fragilen globalen ökonomischen Umfeld offen blieb. Aufgrund der extrem restriktiven Fiskalpolitik rutschte Griechenland in eine Rezession. Damit erhöhte sich der Widerstand in der Bevölkerung gegen weitere Kürzungen. Aus der Ferne betrachtet schien es jedoch so, als sei das Land nicht ambitioniert genug.

Faktisch wird die Binnenwirtschaft massiv stranguliert, so dass die öffentlichen Finanzen weiter hinter den Erwartungen der Experten zurückbleiben. Im Kern ist eben nicht nur der Sanierungsprozess in Griechenland nicht vorangekommen, sondern die mit Blick auf die Stabilität des europäischen Banken- und Finanzsystems betriebene Sanierungspolitik hat sich als totaler Fehlschlag erweisen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) konstatiert sogar, dass in den letzten 25 Jahren kein OECD-Land sein strukturelles Defizit binnen eines Jahres so stark gesenkt habe. Da aber die Fehlentwicklungen vieler Jahre korrigiert werden müssen, ist der Anpassungsprozess nicht über Nacht zu bewältigen. Jede andere Erwartung ist eine pure Illusion.

Wenn keine neuen Mittel für Investitionen und damit zu einer wirtschaftsdemokratischen Erneuerung des Reproduktionsprozesses zur Verfügung stehen, wird Griechenland auch in einem längeren Zeitkorridor nicht in der Lage sein, seine Schulden zu bedienen. Die Verhandlungen von EU, EZB und IWF haben nicht zu erkennen gegeben, dass ein solcher Pfad des (qualitativen) Herauswachsendens aus der Krise tatsächlich angegangen wird. Wenn dies aber nicht geschieht, wird ein rabiater Haircut – von den Finanzmärkten angetrieben – unausweichlich sein.

Griechenland kann die Zahlungsunfähigkeit voraussichtlich nochmals kurzfristig abwenden. Vielleicht gibt es auch zügig eine Einigung über ein weiteres Hilfspaket. Aber all diese Maßnahmen sind lediglich Operationen, um Zeit zu gewinnen. Eine wirksame Restrukturierung des europäischen Wirtschafts- und Akkumulationsprozesses sieht anders aus. Solange nicht ein massives Investitions- und Umstrukturierungsprogramm zur Verhandlung steht, wird auch der durch Umschuldung erkaufte Zeitgewinn nichts bringen.

Insofern sind die Bedenken des Ex-Finanzsenators Nölling berechtigt. Er ordnete die Fehlentwicklung in der Euro-Zone bereits in einem Interview mit dem Deutschlandfunk vom März 2010 zu Recht in einen größeren Zusammenhang ein: »Es ist nicht nur die Sorge um eine falsch konstruierte Währungsunion, es ist die Sorge um die Verfassung der Weltwirtschaft insbesondere in Europa und in den Vereinigten Staaten, die auf Jahre hinaus nicht erwarten lässt, dass wir wieder Wirtschaftswachstum bekommen, das uns über die Probleme hinweghelfen würde. Es fehlt an Vertrauen in die Zukunft, an dem wichtigsten Faktor, und ich will hinzufügen, wenn ich mir Sorgen mache, weil es um die Europäische Währungsunion geht, dann geht es auch um die ungeheure, ja brutale Macht der internationalen Finanzwelt, die in diese Währungsunion hineinwirkt, wie sie in alle Wirtschaftsbeziehungen hineinwirkt: Unkontrolliert mit einem Knopfdruck können diese großen Banken und Hedgefonds ganze Währungen kleinerer, vielleicht auch größerer Länder ruinieren. Wenn ich das alles zusammenfasse, dann ist es wohl berechtigt zu sagen, dass man sich Sorgen über die Zukunft unserer Lebensbedingungen machen muss.«

Seine Schlussfolgerung, vorgetragen vor dem Wirtschaftsforum Hamburg e.V. am 6. Oktober 2010: »Solange aber der politisch verantwortete Trümmerbruch falsch diagnostiziert wird, wird es eher schwer sein, eine europäische Blaupause für einen hoffnungsgesättigten Wiederaufbau zu entwerfen und in eine gesamteuropäische Politik umzusetzen.«

joachimbischoff.de

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!

Bayern-Imperium bedroht Kiez-Nachbarschaft

von Markus Schneider-Johnen



Die Esso Häuser an der Reeperbahn

Die Presse hat in den letzten Wochen ausführlich berichtet: Deutschlands berühmteste Tankstelle soll dem Erdboden gleich gemacht werden. Dies hat bundesweit nicht nur bei Facebook eine Lawine an Aufschreien hervorgerufen. ESSO an der Reeperbahn ist halt die Kiez-Kult-Tanke schlechthin, bekannt aus unzähligen TV-Dokus. In Hamburg konzentriert sich der Protest gegen die Abrisspläne zum Glück nicht auf die Tankstelle, sondern auf die Häuser auf demselben Areal, in denen sich 110 Wohnungen befinden, sowie alteingesessene Lokalitäten wie das »Molotow«, die »Meanie Bar«, »Planet Pauli« und »Das Herz von St. Pauli«. Für das Herz von St. Pauli halten nicht nur BewohnerInnen der nach der Tanke nebenan so genannten Esso Häuser dieses Areal.

Viele Menschen auf St. Pauli äußern Unmut und Unverständnis über die drohende nächste große Etappe der Gentrifizierung des Viertels. Stadtentwicklungspolitische AktivistInnen aus St. Pauli haben sich mit engagierten BewohnerInnen der Esso Häuser zusammengeschlossen und die »Initiative Esso Häuser – wir sind kein Objekt« gegründet. Diese Gruppe zeigt: Es gibt sie zur Genüge, die Menschen, die in den Esso Häusern gerne wohnen, trotz der Nähe zum Spielbudenplatz, trotz des Lärms derer, die sich an der Tanke auch nachts mit

Getränken eindecken, trotz des Instandhaltungsstaus der Gebäude und trotz der großen Spanne an Mieten, je nachdem, wann der Mietvertrag abgeschlossen wurde. Sie hängen an ihren Wohnungen, in denen sie zum Teil seit den 1960er-Jahren wohnen, als die Häuser neu waren. Vor allem geht die Angst um, im Falle von Abriss und Neubau keine Wohnung mehr im Viertel zu finden, die sie bezahlen können. Denn die meisten von ihnen haben keinen dicken Geldbeutel, unter ihnen einige, die auf dem Kiez arbeiten oder dort bis zur Rente tätig waren. Die Angst ist berechtigt, denn auf St. Pauli gibt es kaum noch günstige Wohnungen und bei Neuvermietungen werden die Mieten drastisch angehoben. Und selbst wenn sie wider Erwarten eine Wohnung in Kieznähe fänden: Die seit vielen Jahren gewachsene und gut funktionierende Nachbarschaft in den Esso Häusern wäre zerstört.

Hintergrund dieses Schreckens-Szenarios ist der Kauf des Areals mit den Esso Häusern durch die »Bayerische Hausbau« im Jahre 2009. Der bayrische Immobiliengigant gehört zur »Schörghuber-Gruppe«, die von Josef Schörghuber, dem inzwi-

Markus Schneider-Johnen arbeitet in der St. Pauli-Stadtteilgruppe der LINKEN

schen verstorbenen Freund von Franz-Josef Strauß und vermuteten Spender an Helmut Kohl, gegründet wurde. Schöghubers Erbe im geschätzten Wert von 3,5 Milliarden Euro führt inzwischen sein Sohn weiter. Ihm gehört nun nicht nur das Immobilienimperium, das Luxus-Hotels, Shopping-Malls, Büro- und Wohnviertel an exponierten Orten – aktuell z.B. gleich neben dem Areal »Stuttgart 21« – baut, sondern auch die Paulaner-Brauerei, die Hotel-Kette »Arabella«, der Fertighaushersteller Hanse Haus, die Flugzeugleasingfirma Bavaria und vieles mehr.

Dieses Imperium greift nun nach dem Herzen von St. Pauli, und siehe da: Die SPD-Vorsprecher zu zentralen Bauangelegenheiten im Bezirk Hamburg-Mitte, Andy Grote und Markus Schreiber, haben sie schon auf ihrer Seite. Da braucht der Investor nur mit ein paar Sozialwohnungen zu winken, und gleich wird die SPD in Schröder-Manier zur Genossin der Bosse. So ließ Grote, der stadtentwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, nach Bekanntwerden des Abrissvorhabens verlauten, dass niemand verdrängt werde und mit dem Investor eine Vereinbarung getroffen werden könne, mit der alle jetzigen BewohnerInnen ein Rückkehrrecht in die neuen preisgünstigeren Sozialwohnungen bekämen. Kein Wort dazu, dass der Investor mehr Eigentumswohnungen und frei finanzierte Wohnungen als öffentlich geförderte Wohnungen bauen will, weil sich das Bauvorhaben sonst nicht rechne. Und was nützen den jetzigen MieterInnen, von denen viele zwar ein geringes Einkommen haben, aber nicht §5-Schein-berechtigt sind, Sozialwohnungen? Sie brauchen ein Rückkehrrecht mit Mietpreisbindung, festgeschrieben in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag. Dass der Investor dies jedoch nicht will, liegt auf der Hand.

Die Bayerische Hausbau gibt sich zwar in der Öffentlichkeit gesprächsbereit und sagt zu, mit der Initiative Alternativen zum Abriss zu diskutieren. Zweifellos war aber schon mit dem Kauf des Areals der unbedingte Wille zum Abriss und lukrativen Neubau vorhanden. Schließlich haben wir es hier nicht mit einer sozialen Wohnungsbaugenossenschaft, sondern mit einem Unternehmen zu tun, das auf einer zügellosen kapitalistischen Verwertungslogik basiert. Von daher verwundert es nicht, dass die Initiative aus der Presse die Ergebnisse von drei

Gutachten erfuhr, die der Investor in Auftrag gegeben hatte und die nun belegen sollen, dass eine Sanierung der Häuser mit unangemessenem Aufwand verbunden und nur möglich wäre, wenn die MieterInnen der Häuser während einer längeren Sanierungsphase die Häuser verließen. Dem hält die Initiative mit Hilfe eines sachverständigen Architekten entgegen, dass eine Instandsetzung der Haustechnik wohnungsweise möglich wäre, zumal eine Reihe von Wohnungen in den Häusern leer steht. Es gebe einen Instandsetzungstau, aber die Substanz der Häuser sei nicht gefährdet.

Auch nach meiner Teilnahme an einem Gespräch des Investors mit VertreterInnen aller Bezirksfraktion ist für mich klar, dass der Erhalt der Häuser weiterhin Priorität in den Bemühungen haben muss. Von daher habe ich gegen Ende des Gesprächs den Investor aufgefordert, alles für den Erhalt zu tun und einen konsensorientierten Diskurs mit der Initiative zu führen. Sowohl sozial- als auch stadtentwicklungspolitisch sind die Esso Häuser ein heißes Eisen. In der taz schrieb Gernot Knödler: »Mit dem Abriss der Esso-Häuser droht der Reeperbahn ein weiteres Stück ihres speziellen Flairs abhanden zu kommen. Das ist eine Entwicklung, die der Stadt, aber auch Investoren nicht recht sein kann. Denn wenn das Schmuttelige und Verruchte verschwindet, wird St. Pauli ein Stadtteil wie jeder andere. Für die Stadt kann das nur heißen, dass sie den Wandel mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln steuern muss.«

Ein geeignetes Steuerungsmittel ist die Soziale Erhaltungsverordnung im Stadtteil St. Pauli, für die der Senat bereits im Juli 2010 einen Aufstellungsbeschluss gefasst hat. Mit Hilfe dieser Verordnung können Abriss und Neubau auf dem Esso-Areal auch gegen den Willen der Bayerischen Hausbau untersagt werden, unter Verweis auf den mit dem Abriss- und Neubauvorhaben verbundenen drastischen Wandel in der MieterInnenstruktur. Die Politik hat es also in der Hand, dieses »Biotop« im Herzen St. Paulis zu schützen. Eben für solche Fälle sollte doch der »Schutzschirm für St. Pauli« (Andy Grote) dienen. Nun muss er auch angewendet werden. Ansonsten entpuppt sich die Soziale Erhaltungsverordnung für St. Pauli schon im jetzigen Vorstadium als reines Blendwerk.

Endspurt: die letzten 15.000 Stimmen!

Bis zum vergangenen Wochenende sind bereits rund 60.000 Unterschriften gesammelt worden, um ganz sicher zu gehen, müssen noch rund 15.000 hinzu! Deswegen auf zum Endspurt bis zum 22.6., 24:00 Uhr!



UNSER HAMBURG UNSER NETZ

für die Hamburger Energiewende.

Das hat gerade noch gefehlt: Casting fürs Wohnen

Eine neue Marketingoffensive hat kürzlich die Stadt Hamburg eingeleitet: unter dem Slogan »Du hast Hamburg gerade noch gefehlt« wird unter anderem in Berlin für die »Hamburg WG« geworden. Tatsächlich kann man sich seit einigen Wochen bewerben, um als Finalist in einem »Casting« – zusammen mit drei anderen jungen Kreativen – vielleicht ein 200-Quadratmeter-Loft für ein Jahr zum kostenfreien Wohnen zu

gewinnen. Und dann entsteht endlich »die wahrscheinlich schönste WG der Welt, um die talentiertesten, interessantesten und überhaupt tollsten Menschen aus ganz Deutschland davon zu überzeugen, wie attraktiv, lebenswert und chancenreich das Leben in unserer Stadt sein kann«. Starthilfe gibt es auch beim Einstieg in Job oder Studium: »Unsere Patenunternehmen stellen ihnen dafür erfahrene Mentoren zur Seite.«

»Hamburg ist eine lebenswerte Stadt, die gerade für junge Menschen eine Menge zu bieten hat. Genau für diese jungen Talente sucht die Hansestadt ab heute zusammen mit Partnern wie OTTO, der Sparda-Bank und Radio Hamburg per Online-Casting vier Bewohner für die #hh_wg – die stellvertretend für alle jungen Nachwuchskräfte in die schönste Stadt der Welt umziehen. Es winken ein Jahr WG-Wohnen in einer stylischen kostenfreien Wohnung, Unterstützung beim Start in den Hamburger Netzwerken sowie zahlreiche Events. Die Bewerbung erfolgt in vier Kategorien: Drei für die Partnerunternehmen, die attraktive Einstiegsjobs bereitstellen, und eine Kategorie als Wildcard – für alle Studierenden, Künstler und andere Hamburg-begeisterte. (...) Wenn ab August dieses Jahres die vier glücklichen Gewinner feststehen, lassen sich die Mitbewohner über die sozialen Netzwerke ein Jahr lang auf ihrem neuen Weg in der Metropolregion Hamburg begleiten. Selbstverständlich wird die Community dabei aktiv eingebunden.«

Und noch allerlei andere »interessante« Seiten der Stadt werden herausgestellt, beispielsweise, dass in Wilhelmsburg ein neues »Trendviertel« entsteht, in dem »viele soziale und kulturelle Projekte« wie ausgerechnet die Internationale Bauausstellung laufen. Oder da werden Miettipps für die Schanze gegeben: nicht nur im Internet nach Wohnungen Ausschau halten, sondern die Chiffreanzeigen des »Abendblatts« lesen, »gut vorbereitete Unterlagen« mitbringen und durch »freundliches Nachhaken per Telefon« beweisen, »dass wirklich Interesse besteht«.

»Hamburg WG« zeigt, wie mit schmierigsten Formulierungen eine Stadt beworben wird, die Besseres verdient hätte. Die Stadt soll als stylisch, attraktiv und chancenreich

dargeboten werden, bar jeder Probleme, ohne ernsthafte Anbindung an die Menschen, ohne Wahrnehmung sozialer Schiefen. Hamburg wird als Produkt angepriesen und verkauft. Hier zeichnet sich eine Stadtentwicklung(spolitik) ab, die auch unter sozialdemokratischer Ägide weiter auf Wachsen à la CDU und die kreative Klasse à la GAL setzt. Hamburg soll her- und zugerichtet werden für Rendite, ganze Viertel fit gemacht werden für den Ansturm der zukünftigen GutverdienerInnen. Wenn HartzIV-EmpfängerInnen 15 Euro zu viel Miete zahlen, werden sie aufgefordert, in ein anderes Quartier mit einer günstigeren Miete umzuziehen, das es gar nicht gibt. Stattdessen soll ein 200-Quadratmeter-Loft eine andere Klientel locken. Das will DIE LINKE nicht!

Neue Wohnungen: Senat, Bezirke, LINKE



Siedlung Nüßlerkamp: MieterInnen wehren sich gegen ihren Rauswurf

Die mit absoluter Mehrheit regierende SPD hat versprochen, in Zukunft 6.000 neue Wohnungen jährlich in der Stadt bauen zu lassen. Um nach 100 Tagen Scholz'scher Senatsführung erste Ergebnisse vorzuweisen, ist mit hohem Tempo bereits Ende Mai eine »Vereinbarung zwischen Senat und Bezirken zum Wohnungsneubau« vorgelegt worden, die in den vergangenen Tagen bereits von den meisten Bezirksversammlungen abgesegnet wurde. Die Bezirksfraktionen der LINKEN haben bei grundsätzlicher Unterstützung einer Wohnungsbauoffensive Kritik vorgetragen und Verbesserungsvorschläge gemacht, die jedoch in Bausch und Bogen abgelehnt worden sind. Und sie haben unterschiedlich abgestimmt: Mitte hat zugestimmt, Nord abgelehnt und ins Wandsbek wurde sich der Stimme enthalten. Vor diesem Hintergrund scheint es sinnvoll, sich noch einmal die Gesamtentwicklung vor Augen zu führen.

Worum geht es?

Im Jahr 2010 sind in Hamburg 3.520 neue Wohnungen fertiggestellt worden. Das sind 1,9% weniger neue Wohnungen als im Vorjahr. Mit 1.096 fertiggestellten Wohnungen bei Ein- und Zweifamilienhäusern ergab sich ein Plus von 4,5%, während bei Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen mit 1.955 Einheiten 8,5% weniger neue Wohnungen bezugsfertig wurden als 2009. Außerdem wurden 87 Wohnungen im Neubau von Nichtwohngebäuden (z.B. Büro- oder Betriebsgebäude) und 382 Wohnungen durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden fertig gestellt. 2010 wurden in Hamburg Baugenehmigungen für 4.129 Wohnungen erteilt, womit das Ergebnis von 2009 um 1,4% unterschritten wurde. Dabei verringerte

sich die Zahl der Genehmigungen für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern um 14,8%, während sie im Geschosswohnungsbau um 7,9% stieg. Die SAGA hat als kommunales Unternehmen im Jahr 2010 überhaupt keine neue Wohnung bereitgestellt.

Angesichts der dramatischen Wohnungsnot in Hamburg – ExpertInnen beziffern den Mangel mit 40.000 bis 90.000 Wohnungen – ist ein Politikwechsel erforderlich, der aus Sicht der LINKEN folgende Aspekte umfassen sollte:

- Bekämpfung von Zweckentfremdung und Leerstand
- Bekämpfung der Expansion von Gewerbe- und vor allem Büroraum (z.B. in der HafenCity)
- Ausnutzung der begrenzten Flächen für die Ausweitung preiswerten bzw. geförderten Mietwohnungsbau
- Zurückstellung der Eigentums- und Eigenheimförderung
- Ausweitung der Fördermittel für den Wohnungsbau
- nachhaltige Maßnahmen gegen weitere Verdrängung und Aufwertung (Gentrifizierung),
- Respektierung, Ausweitung und Absicherung der BürgerInnenbeteiligung
- Anerkennung und Ausweitung der bezirklichen Rechte und Kompetenzen.

Der Senat will jährlich 6.000 neue Wohnungen schaffen. Ein Drittel davon (also 2.000) sollen als geförderter Wohnraum entstehen. Die städtische Wohnungsgesellschaft SAGA GWG visiert 1.000 neue Wohnungen an, wobei offen bleibt, ob dies in dem »geförderten« Drittel enthalten ist. Zudem ist die Förderung nicht spezifiziert. Die in den letzten Jahren gewährten Summen sind zu einem Großteil in den Eigenheimbau und die energetische Sanierung geflossen. Selbst die zuletzt wie-

der angehobenen Fördermittel für den Sozialwohnungsbau wurden nicht in Gänze abgeschöpft.

Mit dem Ende Mai fertiggestellten Entwurf zur Vereinbarung zwischen Senat und Bezirken sollen die Bezirke in das mit der Immobilienwirtschaft angestrebte »Bündnis für das Wohnen in Hamburg« einbezogen werden. Seit der Verwaltungsreform 2006 liegt die Zuständigkeit für die verbindliche Bauleitplanung bei den Bezirken. Damit kommt ihnen eine besondere Verantwortung für das Erreichen der gesamtstädtischen Ziele zu. Die Bezirke tragen die Verantwortung

- für die Schaffung von verbindlichem Planrecht
- für die Durchführung von zügigen, transparenten und verlässlichen Genehmigungsverfahren und
- für die Abstimmung und Diskussion von Wohnungsbauvorhaben mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Von Seiten des Senats wird den einzelnen Bezirken eine bis ins Jahr 2012 genau definierte Zahl von zu realisierenden Baugenehmigungen vorgegeben. Bis zum 31. Oktober 2011 sollen die Bezirke Wohnungsbauprogramme vorlegen, welche Aussagen zu den Flächen sowie den Bauvorhaben beinhalten

(z.B. Mietwohnungs- bzw. Eigentumsbau), die mit den Fachbehörden auf die gesamtstädtischen Ziele abgestimmt und jährlich konkretisiert werden. Die Behörde für Umwelt und Stadtentwicklung (BSU) soll die Bezirke hinsichtlich der Nachfrage beraten.

Die Aussage »Die Finanzbehörde wird mit einer aktiven Flächenpolitik die zeitgerechte Bereitstellung von geeigneten zusätzlichen Wohnungsbauflächen unterstützen« kann alles oder nichts heißen. Konversions- und nicht mehr marktgängige Gewerbeflächen sollen für den Wohnungsbau bereitgestellt werden. Versprochen wird, dass die Bezirke die Wohnungsbauprogramme in geeigneter Form und rechtzeitig mit allen Akteuren und Beteiligten diskutieren werden. Folgende Instrumente will der Senat anwenden:

- Beschleunigung der Genehmigungsverfahren: Entscheidungen über Bauanträge innerhalb von ein bis drei Monaten, Genehmigungen spätestens sechs Monate nach Ersteinreichung des Antrages.
- Vorrang für Bebauungsplanungen, die dem Wohnungsbau dienen: Vorweggenehmigungsreife 18 Monate nach Auf-

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Nach der Gründung eines neuen **Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum** am 31. Mai – beteiligt sind daran bisher rund zehn Gruppen und Initiativen – findet ein zweites Treffen am **Mittwoch, den 22. Juni, um 19:00 Uhr** im Centro Sociale (Sternstraße 2) statt. An diesem Abend soll vor allem über die Ziele, Forderungen und geplanten Aktionen beraten werden. Gedacht wird u.a. an eine große MieterInnen demo im Herbst.

Letzter Aufruf für die ver.di-Stadtkonferenz Sozial geht anders: **Recht auf Stadt – Recht auf Zeit – Recht auf Leben** am **Freitag, den 24. Juni, von 13:00 bis 20:00 Uhr** in der Halle 13 (Sport- und Kommunikationszentrum der Hochbahn AG, Hellbrookstraße 2). Unter anderem wird Thomas Pohl zur Stadtentwicklung referieren, Dirk Seifert informiert über aktuelle Widerstandsbewegungen; in den Workshops geht es um Armutsentwicklung, Stadtentwicklung und Wohnen, Gesundheit, Arbeitsplätze und Lebenszeitperspektiven. Anmeldung für Kurzsentschlossene per Fax unter 28 58 41 48 oder per Email an syl-via.habersetzer@verdi.de.

Eine sicher für viele Stadtteile und engagierte Menschen interessante Vortrags- und Diskussionsveranstaltung kündigt der Verein »Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.« für **Mittwoch, den 29. Juni, um 19:00 Uhr** im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengenstraße) an. Es geht um **Selbstbestimmen oder beteiligt werden? Zur Zukunft von Demokratie und Bürgergesellschaft**. Podiumsgast ist Wolfgang Gessenharter, emeritierter Professor für Politikwissenschaft, der eine ganze Reihe von Beteiligungsverfahren in Hamburg aktiv mit gestaltet hat.



Rund 600 Menschen längst nicht nur aus der Hansestadt nahmen am Kongress des Netzwerks **Recht auf Stadt** teil, der vom 2. bis 5. Juni in Hamburgs einschlägigen Szenetreffpunkten durchgeführt wurde. Mittlerweile findet sich im Netz unter <http://www.rechtaufstadt.net/> ein erster Auswertungsbericht, nach und nach soll es auch Beschreibungen der Inhalte der gut 50 höchst interessanten und gut besuchten Workshops geben.

stellungsbeschluss, optimales Zusammenwirken aller Ämter, Behörden und PlanerInnen.

- BürgerInnenbeteiligung: Information und Beteiligung (nach § 3 BauGB), die den Wettbewerbsverfahren voraus gehen sollen. Belange der BürgerInnen sollen »angemessen« berücksichtigt werden, die Beteiligung wird durch die Bezirke gewährleistet. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrensschritten soll die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen über Informationsveranstaltungen oder Runde Tische erfolgen. Diese Verfahren sollen möglichen Wettbewerbsverfahren vorausgehen. Auch in Wettbewerbsverfahren soll eine Bürgerbeteiligung möglich sein. Die Belange der Bürgerinnen und Bürger sollen zügig in das Verfahren eingebracht und angemessen berücksichtigt werden, um breit getragene Planungsergebnisse zu erzielen.
- Konfliktlösung zwischen den beteiligten Akteuren: Zügige und konstruktive Zuarbeit von Fachbehörden und öffentlichen Trägern. Fachbehörden geben innerhalb von vier Wochen nach der GrobAbstimmung eine Stellungnahme ab. Im Konfliktfall gibt es ein Verfahren unter Einbezug des Wohnungsbaukoordinators und der Senatskommission für Stadtentwicklung und Bodenordnung. BezirksamtsleiterInnen nehmen als beratende Mitglieder an der Senatskommission teil.
- Unterstützung Bezirksämter: Aus Gebührenmehreinnahmen sollen zusätzliche Planstellen finanziert werden. Zehn Stellen sind von der BSU zu finanzieren, weitere 14 MitarbeiterInnen aus planungsbefassten Stellen kommen für bis zu drei Jahre in die Bezirke. Für Mehrbedarfe im Bereich Planungsmittel und Beteiligungsprozesse stellt die BSU jährlich 1 Mio. Euro zur Verfügung. Aus dem Förderfonds der Bezirke erhalten die Bezirksversammlungen pro genehmigter Wohnung 250,- Euro. Die Ausschüttungsgrenze liegt bei 1,5 Mio. Euro pro Jahr.

Was tun?

Der Senat hat sich dem Druck ausgesetzt, schnell ein Handlungskonzept vorzulegen, und nun in der Folge ein Papier präsentiert, das weder mit den Bezirken und Sachverständigen erörtert wurde, noch den notwendigen Raum und ausreichende Zeit bot, um gezielte Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge einbringen zu können. Dieser Mangel drückt sich in unterschiedlichen Positionierungen bei Interessenverbänden, aber auch seitens der LINKEN in den Bezirken aus, wie anfangs beschrieben. Als Hauptkritikpunkte werden vor allem genannt:

- keine Mitarbeit an der Entwurfsplanung und zu kurze Einführungsfrist
- der Vertrag stand nicht insgesamt zur Disposition, sondern nur die »Formulierung von Empfehlungen«
- statt 6.000 Wohnungen müssten jährlich 8.000 Wohnungen gebaut werden
- etwas mehr als 30% geförderter Wohnungsbau pro Jahr ist auch mit Blick auf die auslaufenden Sozialbindungen (noch knapp 100.000) bei gleichzeitig wachsendem Bedarf

(fast 50% aller HamburgerInnen sind berechtigt, eine Sozialwohnung zu beziehen) deutlich zu wenig; DIE LINKE tritt dafür ein, 50% öffentlich geförderte Wohnungen jährlich entstehen zu lassen

- Verbände und auch Teile der LINKEN befürchten, die Kürze der Fristen würde Bürgerbegehren verunmöglichen und damit eine Schwächung der Demokratie zur Folge haben, Öffentlichkeit und Bezirkspolitik könnten nicht angemessen beteiligt werden, sondern nur noch als Feigenblatt Akzeptanzmanagement betreiben; verkürzte Bebauungsplanverfahren hätten schon in der jüngsten Vergangenheit Tatsachen geschaffen, noch ehe sämtliche Belange (z.B. naturschutzrechtliche) angemessen abgeklopft werden konnten
- die Absicherung mittels städtebaulicher Verträge fehlt, somit sind die Nachhaltigkeit der Verwendung der Flächen und der Entzug dieser aus Spekulationsvorhaben nicht gegeben
- die Zielzahlen für die bezirklichen Wohnungsnebaupflichtungen sind willkürlich und berücksichtigen teilweise Projekte, die schon längst in trockenen Tüchern waren.

Die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN hatte bereits im November 2010 mit ihrer Positionsbestimmung »Soziales Pulverfass Wohnen« deutlich zu machen versucht, worum es ihr zentral geht: Bei der dringlich erforderlichen Schaffung von mindestens 8.000 Wohnungen jährlich »sind vor allem die öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbauträger in der Verantwortung... Insbesondere Kleingenossenschaften und Wohnprojekte bedürfen wegen ihrer überdurchschnittlichen integrativen und familienorientierten Bedeutung einer besonderen Unterstützung... Luxus- und Eigentumsbau dürfen bis auf weiteres keine öffentliche Förderung mehr erhalten... Wir brauchen in Hamburg eine stadtübergreifende, alle Kräfte einbeziehende Initiative, mit deren Hilfe in den nächsten Jahren die Wohnungsnot frontal zurückgedrängt und überwunden wird. Wohnen ist ein soziales Grundrecht!«

Dass der Senat Bündnisse schließt, um den Wohnungsbau voranzubringen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. DIE LINKE wird mit Blick auf die dramatische Wohnungsnot in der Stadt alle Maßnahmen unterstützen, die dazu beitragen, möglichst schnell preisgünstige und qualitativ gute Wohnungen zu schaffen. Sie unterstreicht zugleich, dass dieses Ziel nur durch eine breite, gesamtstädtische Initiative zu erreichen ist, die eine umfassende Beteiligung der Menschen, der Gremien und Initiativen einschließen muss. BürgerInnenbeteiligung darf nicht abgebaut, sie muss vielmehr ausgeweitet werden. Und selbstverständlich muss es auch in Zukunft Bürgerbegehren geben, die als Ultima Ratio Fehlentwicklungen, die von den BürgerInnen nicht gewollt werden, einen Riegel vorschieben. Für ehrgeizige wohnungspolitische Ziele muss schließlich ausreichend und gut qualifiziertes Personal eingesetzt werden. Nur mit einem erheblich ausgeweiteten Einsatz von finanziellen Mitteln lässt sich eine spürbare und zeitnahe Verbesserung auf dem Wohnungsmarkt einleiten.

Schwimmen lernen und Klassenkampf



Im letzten BürgerInnenbrief informierten wir darüber, dass wir eine Kleine Anfrage auf den Weg gebracht haben, um dem Skandal, dass nach Angaben der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) in Hamburg im Durchschnitt 43% der Kinder am Ende der vierten Klasse noch nicht schwimmen können, nachzugehen. Mittlerweile ist die Antwort eingegangen. Kurzfazit: Der Senat begegnet der Kritik mit einer dreisten Verzerrung der Wirklichkeit.

Auf die Frage, wie sich der Senat den Skandal erkläre, antwortet dieser: »Die zuständigen Behörden können die von der DLRG genannten Zahlen nicht bestätigen. Im Schuljahr 2009/2010 haben 82,8% der Schülerinnen und Schüler der Hamburger Grundschulen das Frühschwimmabzeichen »Seepferdchen« und 53,3% das Jugendschwimmabzeichen »Bronze« und höher abgelegt.« Das ist nun wahrlich Täuschung der Öffentlichkeit mit geschönten Zahlen. Auf der Rückseite jeder »Seepferdchen«-Urkunde steht ausdrücklich: »Die erfüllten Anforderungen des Seepferdchens bedeuten nicht, dass Ihr Kind schon ein sicherer Schwimmer ist! Wir empfehlen Ihnen einen weiterführenden Kurs zum Deutschen Jugendschwimmabzeichen-Bronze (Freischwimmer)!« Die Kultusministerkonferenz ist noch deutlicher: »Das Zeugnis Frühschwimmen-Seepferdchen erfüllt eine wichtige Funktion der Motivation, um zum sicheren Schwimmen hinzuführen. Die Kriterien des Seepferdchens erfüllen jedoch nicht die Anforderungen an ein sicheres Schulschwimmen!« Den Erwerb des »Seepferdchens« (25 Meter schwimmen, Sprung vom Beckenrand und Heraufholen eines Gegenstandes aus schulertiefem Wasser) als »Schwimmen können« zu bezeichnen, wie es der Senat in seiner Antwort nahelegt, ist nicht nur grober Unfug, sondern geradezu »lebensgefährlich«, wie der DLRG-Landesverband in einer Presseerklärung am 16. Juni ausführt: »Es darf nicht sein, dass sich Eltern bei einem bevorstehenden Urlaub an Gewässern in Sicherheit wiegen und denken, ihre Kinder können schwimmen, wenn sie einmal im Schwimmunterricht 25 Meter geschwommen sind.«

Der Hintergrund des Skandals: im April 2006 hatte der damalige CDU-Senat das Schwimmen lernen mit einer »Neuordnung« de facto aus der schulischen Verantwortung entlassen und privaten Anbietern, vor allem der »Bäderland Hamburg GmbH« übertragen. Zudem sind in den vergangenen zwei Jahren die acht hamburgischen Lehrschwimmbecken aus der staatlichen Verantwortung an Vereine und Verbände abgegeben worden. Und so findet Schwimmen lernen heute ganz nach neoliberalen Prinzipien statt. Es gibt ein Minimalangebot in der 3./4. und 6. Klasse außerhalb der pädagogischen Verantwortung der Schule, und wer es nicht schafft, bleibt eben auf ewig ein Seepferdchen, während in den betuchteren Vierteln die Eltern darauf achten, dass der »Freischwimmer« erworben wird – oft mittels eines privaten Schwimmkurses – bei der Bäderland Hamburg GmbH! Die verlangt laut Senatsantwort für einen solchen Kurs 130 Euro, eine Summe, die für Familien mit geringem Einkommen oder gar für HartzIV-BezieherInnen unerschwinglich ist.

Das Ergebnis dieser Entwicklungen lässt sich bereits anhand von Angaben aus dem Oktober 2010 genau studieren, die damals der Senat über die Schwimmfähigkeiten an den einzelnen Schulen machte. Danach hatten bis zum Ende der vierten Klasse zwar im Durchschnitt 53,3% aller Hamburger GrundschülerInnen den Freischwimmer erworben, an der Schule Sterntalerstraße in Billstedt/Horn allerdings nur 2,3%, an der Gorch-Fock-Schule in Blankenese dagegen stolze 100%. Die Zahlenkolonnen lesen sich wie eine Art Ranking der Einkommensunterschiede in den Hamburger Stadtteilen.

Aber die soziale Spaltung regt den Senat nicht weiter auf. Auf die Frage, wie er sich denn das bereits im letzten Herbst deutlich gewordene dramatische soziale Gefälle in Sachen Schwimmen lernen erkläre, antwortet er mit einer kaum zu glaubenden »Vorwärtsverteidigung«: »Wie in allen Bildungszusammenhängen zeigen sich auch hier die Auswirkungen unterschiedlicher Lebensweisen und Lebensumstände in unterschiedlichen Quartieren. Viele Sorgeberechtigte haben ihren Kindern das Element Wasser als Bewegungsraum nicht vermitteln können. Diesen Kindern fehlen zu Beginn der Schulzeit für den Schwimmunterricht jegliche Vorerfahrungen im Wasser.« Es liegt also an den Eltern, die das Wasser gescheut haben, die ihren Kindern nie einen teuren Schwimmhallenbesuch (im Billebad z.B. 5,10 Euro pro Person) oder gar einen Urlaub am Mittelmeer ermöglicht haben. Wenn es nicht neuen pädagogischen Erkenntnissen widerspräche, müsste man dem Senat glatt zurufen: Setzen, glatte Sechs!

Wir brauchen wieder einen obligatorischen Schwimmunterricht an den Schulen, der von qualifizierten Sport- und SchwimmlehrerInnen erteilt wird. Wir brauchen mehr Schwimmbäder, vor allem in benachteiligten Quartieren, und wir brauchen erheblich günstigere Eintrittspreise in den Hallen- und Freibädern. Wenn das klassenkämpferische Leitlinien in Sachen Schwimmen lernen sind, dann kämpft DIE LINKE gern unter und über Wasser mit.

(Vor-)Ferientipp: Feste feiern!



Platz 4: Volker Honold und Berno Schuckart warfen Pfeile für DIE LINKE St. Georgs

Am 30. Juni beginnen die Schulferien, nicht alle können verreisen. Wer in der Stadt bleiben muss oder will, hat die Möglichkeit, auf andere Weise auszuspannen als entfernt an der See oder in den Bergen. Dass das auch mit Vergnügen verbunden sein kann, hat unlängst die Austragung des »Cup der St. Georger Geschichtswerkstatt« bewiesen: Unter dem Motto »Wir schmeißen die Krise« traten Vierer-Teams (teilweise aus Erwachsenen und Kindern) an und mussten dabei neun Stationen bewältigen, u.a. Ringwerfen, Tüddelbandlaufen, Sandsackschmeißen und Zielwerfen. DIE LINKE St. Georg beteiligte sich auch dieses Mal und konnte sich mit einem vierten Platz gegenüber der letztjährigen Tretbootrallye auf der Alster ein wenig verbessern.

Eine nächste Gelegenheit, die (Vor-)Ferienzeit selbstorganisiert zu gestalten, besteht in St. Georg am Samstag, den 25. Juni. Der Einwohnerverein und die Kirchengemeinde veranstalten gemeinsam und zusammen mit etlichen Gruppen das beliebte Stadtteil- und Kinderfest. Um 10.00 Uhr geht es auf der Rostocker Straße mit einem Flohmarkt los, der eigentliche

Beginn des Festes rund um den Spielplatz Danziger Straße ist dann um 14:00 Uhr, und zwar mit einer von der ebenfalls in St. Georg beheimateten Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg gesponserten Capoeira-Gruppe. Gefeiert wird dieses Mal von 14:00 bis 18:00 Uhr. Danach besteht die Möglichkeit, zum Hansaplatz-Fest weiterzuziehen, mit dem am Freitag (ab 15:00 Uhr), Samstag und Sonntag (jeweils von 12:00 bis 24:00 Uhr) der Abschluss der im Stadtteil nicht unumstrittenen Umgestaltung des Platzes im Herzen St. Georgs gefeiert wird, die immerhin 2.5 Millionen Euro verschlungen hat. Das Fest wird im Auftrage des Bezirksamtes von der Hamburg Pride Marketing GmbH & Co. KG organisiert, das Festprogramm findet sich im Netz unter www.hansaplatz.org.de.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern des BürgerInnenbriefes abwechslungsreiche Ferienwochen mit möglichst viel Sonne. Für alle, die auch in den Ferien gut informiert sein möchten oder noch gar keine Ferien haben, wird es auch in den nächsten Wochen den BürgerInnenbrief im gewohnten Zwei-Wochen-Rhythmus geben.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de oder heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Bucceriusstr. 2, 20095 Hamburg.